

# Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden  
Koblenz-Comp., Nr. 1208

Organ für das **werttätige Volk**

Verleger: G. H. Schönbach, Dresden  
Druck: G. H. Schönbach, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen hinsichtlich des Ab- oder Aufhören des Bestehens, hat der Besteller der Dresdner Volkszeitung seinen Auftrag auf Rückzahlung bei Beendigung der Zeitung zu erklären.

Abbestellung: Dresden, Sonnabend, den 19. Juni 1931.  
Telefon: 1208

Abbestellung: Dresden, Sonnabend, den 19. Juni 1931.  
Telefon: 1208

Abbestellung: Dresden, Sonnabend, den 19. Juni 1931.  
Telefon: 1208

Nr. 141

Dresden, Sonnabend, den 20. Juni 1931

42. Jahrgang

## An die Partei! Parteigenossinnen und Parteigenossen!

Die Sozialdemokratische Partei hat den Kampf gegen die Notverordnung aufgenommen. Sie will die sozialen Erzeugnisse der Arbeiterklasse erhalten. Dazu sind Sparsamkeit am rechten Ort und neue Einnahmen notwendig. Die Notverordnung spart an den Armen und schont die Reichen. Die Sozialdemokratie fordert, daß ihr sozial ungerechter Inhalt durch einen gerechteren ersetzt wird.

### In diesem Kampf steht die Sozialdemokratie fast allein.

Im Reichstag hat sie von 577 Sitzen nur 145 — ein Viertel! Die anderen Parteien, die sich gegen die Notverordnung erklärt haben, verfolgen ganz andere Ziele als sie.

Nationalsozialisten und Deutschnationale, Großagrarien und volksparteiliche Schatzmacher wollen die Arbeiterbewegung vernichten. Sie wollen eine Regierung der Rechten als Ueberleitung zum Faschismus. Dazu brauchen sie den Zusammenbruch. Ihn herbeizuführen, ist der Zweck ihrer Winterarbeit — und die Kommunisten helfen ihnen dabei!

Die Krise ist schwer. Die öffentlichen Einnahmen sinken. Die Ausgaben steigen. Ausländische Gläubiger haben ihre Guthaben abgezogen. Die Reichsbank hat eine Milliarde in Gold und Devisen hergeben müssen; sie kann bald keine Noten mehr drucken, weil die Golddeckung fehlt. Dadurch wird eine neue Inflation verhindert, aber nicht das Steigen der Not. Werden die Kredite weiter eingeschränkt, so drohen Zusammenbrüche und vermehrte Arbeitslosigkeit. Und wenn die Gemeinden kein Geld mehr haben, um Unterhaltungen zu zahlen — was dann?

Die Rechtsradikalen und die Kommunisten rufen das alles nicht. Ihnen ist es recht, wenn es noch schlimmer wird, denn sie hoffen, im Chaos sitzen zu können. Im wachsenden Elend des Volkes suchen sie politischen Gewinn.

Die Sozialdemokratie will von dem, was jene wollen, das gerade Gegenteil!

### Schutz der Massen vor wachsender Verelendung.

nicht die Katastrophe und nicht den Bürgerkrieg! Sie will gerechte Maßnahmen, um die sozialen Leistungen zu erhalten. Der Rechtsradikalismus durch Steigerung des Elends den Weg zu ebnen, das überläßt sie den Kommunisten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat richtig gehandelt, indem sie die Pläne der faschistisch-kommunistischen Koalition zerschanden machte. Sie hat richtig gehandelt, indem sie für diesen Zeitpunkt die Einberufung des Reichstags ablehnte. Sie hat richtig gehandelt, indem sie auf den sofortigen Zusammentritt des Haushaltsausschusses verpflichtete.

Sie tut es, nachdem die Reichsregierung demnächstigen Ausschüßberatungen zugestimmt und sich außerdem zur vorherigen

### Milderung einiger sozialer Härten

bereit erklärt hatte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat richtig gehandelt, indem sie eine in harten Verhandlungskämpfen errungene Position besetzte, um von ihr aus den Kampf um die unbedingt notwendigen weiteren Änderungen der Notverordnung fortzuführen.

### Die Regierung Brüning ist nicht unsere Regierung.

Wir haben mit ihr weiter nichts zu tun, als daß wir ihr gegenüber die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten.

Parteigenossen! Zerreißt doch endlich das Lügengewebe der Gegner, die erzählen, daß an der Regierung Brüning, an der Notverordnung, an der Wirtschaftskrise, kurz an allem Uebel der Welt die Sozialdemokratie die Schuld trägt! Zeigt den Massen die wirklichen Kräfteverhältnisse, erklärt ihnen die Gründe unseres Handelns!

Wir verstehen nicht die Schwere des Kampfes, nicht die Größe der Gefahr. Kommt eine Rechtsdiktatur, so ist nicht nur jede Hoffnung auf eine Erleichterung der Reparationslasten zerflutert, sondern auch dem Fortschritt des Sozialismus die brutale Gewalt entgegengekehrt. Die Demokratie, die politischen Rechte der Arbeiter zu erhalten, ist doppelt notwendig in einer Zeit, in der das Verjagen des kapitalistischen Systems den Kampf für den Sozialismus zur Forderung des Tages macht.

Mehr umkämpft, mehr gehaßt und mehr bewacht denn je, geht die Sozialdemokratie, ganz auf sich selbst und die Treue unserer Genossen gestellt, im Sturm ihren Weg. Sie bleibt, was sie war und ist!

### Die deutsche Arbeiterpartei!

Parteigenossen! Gebt den Zweifelnden neuen Mut, zeigt den Irrenden den rechten Weg! Stärkt die Macht der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften! Je schwerer der Kampf, je größer die Gefahr, desto notwendiger sind Einigkeit und Begeisterung für die großen Ziele des Sozialismus.

## Es lebe die freie Arbeiterbewegung! Es lebe die Sozialdemokratie!

Berlin, 18. Juni 1931.

Der Parteivorstand.

## Amerika zur Hilfe bereit?

WTB. Washington, 20. Juni.

Der Evening Star erzählt aus parlamentarischen Kreisen, daß die amerikanische Regierung die deutsche Lage als sehr ernst angesehen und daher, trotz ihrem eigenen gewaltigen Defizit, beschlossen habe, ihren allierten Schuldner eine Aussetzung der Zahlungen an die Vereinigten Staaten für einige Zeit vorzuschlagen, unter der Bedingung, daß sie für den gleichen Zeitraum keinerlei Reparationen von Deutschland verlangen, abgesehen von dem Zinsendienst auf die Dawesanleihe und die Younganleihe.

Evening Star erzählt weiter, dieser historische Schritt, der mit der traditionellen Politik Amerikas spreche und endlich die Verbindung zwischen den Schulden und Reparationen unterbringe, sei um so wichtiger, als Amerikas selbst schwer unter der Depression leide, und gehofft habe, die Zahlungen der Alliierten zu teilweise Ausgleichung des Budgetdefizits zu verwenden zu können.

Offizielle Stellen wollen Informationen über die Aussetzung in Frage stellen.

die er von Macdonald und Henderson erhalten habe, den Präsidenten Hoover überzeugt, daß schnelle Hilfe für Deutschland notwendig sei, und daß man daher die eigenen Interessen zurückstellen müsse.

### Krisenlösung des Danzabundes



### Raufkraft und Agrarschutzzölle

Von Hermann Fleißner, M. A. D.

Die verheerende Wirkung der maßlosen Agrarszölle auf die deutsche Gesamtwirtschaft wird viel zu wenig gewürdigt. Fast scheint es, als ob man sich nach und nach an die Zuckerzölle als an etwas Unabänderliches gewöhne.

Das Jahr 1930 war ein Rekordjahr in dieser Hinsicht. Die Getreidezölle wurden auf das Drei- bis Vierfache gesteigert. Die Einnahme an Zöllen erreichte die nie vorher dagewesene Höhe von 1221 Millionen Mark! Trotzdem die Wareneinfuhr um rund 3 Milliarden Mark zurückging, stieg der Anteil der Zollträge am Wert der eingeführten Waren von 8 auf 12 Prozent! Bei den Zöllen auf Lebensmittel und Getränke stieg der Anteil gar von 18 auf 25 Prozent gegenüber dem Vorjahre! Der Zollbeitrag allein auf Lebensmittel oder 62 Prozent des Gesamtbeitrages. Die Lebensmittelzölle betragen 25 Prozent des Einfuhrwertes. Seit 1924 steigen Zölle und Verbrauchssteuern von 30 auf 47 Prozent pro Kopf der Bevölkerung. Und noch in den letzten Monaten wurden die Zölle auf sieben wichtige Lebensmittel weiter um 25 bis 100 Prozent erhöht.

Sind das nicht erschreckende Zahlen? Der Raufkämpfer aber rühmt, daß sich Deutschland durch diese Politik vom Ausland unabhängig gemacht habe. Das ist aber, nach dem, was er erzählt, ein Widerspruch gegen die Politik, die er selbst erhebt und mit Begeisterung gegen die deutsche Regierung offenbart. Er will, daß die Zölle auf Lebensmittel, und er macht davon der ihm ständig fehlenden Bedenken. Man solle sich jedoch erinnern, daß die Zölle schon im Jahre 1924 das Ausland unabhängig gemacht haben. Das heißt dann mit den Zöllen auf Lebensmittel zu tun, was man mit den Zöllen auf den Verbrauchsgüter tun kann. Die Zölle auf den Verbrauchsgüter sind es, die den Verbrauchern das meiste Leid tun.